



1. Mai 2002



Wir wollen den 1. Mai 2002, wie auch in den vergangenen Jahren, dazu nutzen, soziale Forderungen mit dem Kampf gegen Krieg und Militarismus zu verknüpfen; denn es herrscht wieder einmal Krieg, Länder werden überfallen und Menschen ermordet.

Der Krieg nach außen...

Terror, Krieg und Innere Sicherheit – diese Begriffe dominieren seit dem 11. September 2001 die Politik- und Medienlandschaft. Der Angriff auf das World Trade Center und das Pentagon, der den USA das größte Trauma ihrer Geschichte bescherte und deren Selbstgewissheit der Unangreifbarkeit in Schutt und Asche legte, markierte einen gravierenden politischen Einschnitt.

Der US-Präsident George Bush gab die Parole vor: „Wer nicht für die USA ist, ist für die Terroristen.“ Von den NATO-Bündnispartnern über Nahost-Staaten bis hin zu Pakistan, Russland und China wurde Solidarität mit dem angekündigten Rachefeldzug bekundet. Wenn nicht aus einer gemeinsamen Interessenlage heraus, dann aus der Befürchtung auf der US-amerikanischen „schwarzen Liste“ der „Schurkenstaaten“ zu landen, die offen mit Auslöschung („ending states“) bedroht werden.

Auch die viel beschworene „uneingeschränkte Solidarität“ des geschäftsführenden BRD-Regierungsausschusses um Schröder und Fischer ist nicht ganz so selbstlos, wie sie für die emotional betroffenen Gemüter vielleicht erscheinen mag. Deutschland setzt darauf, sich auch durch massives (militärisches) Engagement in den Krisenregionen der Welt als Führungsmacht innerhalb der EU zu etablieren und auf der Grundlage der Re-Militarisierung in der Außenpolitik einen Sitz im UN-Sicherheitsrat durchzusetzen. So soll neben dem bereits existenten ökonomischen Gewicht die Rolle als Großmacht endgültig wiederher- und die Führungsrolle in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sichergestellt werden.

Keine Frage – der bis 2003 geplante Aufbau einer 60.000 Soldaten starken europäischen Interventionsarmee ist zugleich der Beginn einer Militarisierung der wachsenden Interessenkonflikte zwischen den USA und Europa. Zur Zeit jedoch tritt dieser schwelende Konflikt um weltweite ökonomische Einflussgebiete scheinbar in den Hintergrund...

Sorgten die Anschläge von New York und Washington im ersten Moment auch für Entsetzen in den Etagen der westlichen Herrschaftseliten, stellten sie doch bald ein Geschenk für eben diese Protagonisten der „New World Order“ dar. Schon 1991 hatte der damalige US-Präsident George Bush sr. verkündet: „We create a new world order.“ Schon der imperialistische Angriffskrieg gegen die Bun-

desrepublik Jugoslawien 1999 stellte unter Bruch des Völkerrechts die rücksichtslose und militarisierte Interessenvertretung der kapitalistischen Industrienationen dar. Jugoslawien wurde zerstückelt, weil seine Weigerung, als geostrategisch bedeutendes Land dem IWF (Internationaler Währungsfonds) beizutreten, der herrschenden Weltordnung im Wege stand – ein demnach logisch-konsequenter Schritt, der nach dem Ende der Systemkonfrontation die Modernisierung der alten NATO zu einem Bündnis zur Durchsetzung der kapitalistischen Weltordnung besiegelte.

Die neue Qualität der kriegerischen Akte gegen Afghanistan seit dem 7. Oktober 2001 liegt nun darin, dass die völkerrechtswidrige Selbstmandatierung der NATO-Staaten für weltweite Interventionen zum Standard erhoben werden soll. Trotz aller innerkapitalistischen Konkurrenz und Interessensunterschiede der einzelnen imperialistischen Nationalstaaten vollzog sich so zwischen Nordamerika und Europa mit der Ausrufung des NATO-Bündnisfalls der Schulterschluss. Ergab sich doch plötzlich die unerwartete Chance die notwendigen Maßnahmen zur wirtschaftlichen, strategischen und politischen Sicherung der Interessensgebiete in Zentralasien, der arabischen Halbinsel und Nordostafrika (diese Gebiete werden in dem Bundestagsbeschluss vom 7. November 2001 als Einsatzgebiete definiert) auf einen Schlag durchzusetzen, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen.

Unser Krieg gegen den Terrorismus beginnt mit der al Qaida, aber er wird da nicht enden. (George Bush jr.)

Ziel der laufenden und in naher Zukunft anstehenden Interventionen der imperialistischen Staaten ist die Etablierung kapitalismuskonformer Marionettenregimes in diesen Gebieten – sei es in Afghanistan, auf den Philippinen oder in Georgien. Was schon in den Staaten der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien und in Afghanistan umgesetzt wurde, sich auf den Philippinen und in Georgien sowie Kolumbien mit militärischer Unterstützung der US-Armee anbahnt, blüht nun dem Irak, Somalia, Sudan und anderen Die westlichen Industrieländer kämpfen hier um den Zugriff auf die Regionen, die bisher nicht oder kaum in die Weltwirtschaft eingebunden sind.

Die USA ließen auf der Münchner NATO-Sicherheitskonferenz im Februar diesen Jahres keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie ihre nationalen Interessen auch unilateral, d.h. gegen die Bedenken ihrer Bündnispartner, durchzusetzen gedenken. Das Betteln der europäischen Staaten um Zugang zu den US-amerikanischen Militärtechnologien stieß auf harsche Zurückweisung. Schließlich geht es für die Vereinigten Staaten nun darum, die Gunst der Stunde zu nutzen. Der technologische Vorsprung soll die globale Hegemoniestellung der letzten verbliebenen Großmacht im internationalen Konkurrenzkampf des Kapitalismus bewahren.



„...der Krieg, der jetzt durch die Länder geht...

Als gesetzmäßige Erscheinung des Kapitalismus kann der Militarismus erst endgültig mit der Beseitigung des Kapitalismus überwunden werden. (Karl Liebknecht)

und der Krieg nach innen...

Der in andere Länder getragene imperialistische Krieg wird begleitet von Repression und Militarisierung nach innen. Dafür haben die EU-Staaten und die USA Sicherheitspakete geschnürt, so auch die Bundesregierung. Regelanfragen beim Verfassungsschutz, Fingerabdrucksystem und biometrisch codierte Personalausweise, Privatisierung von bisher staatlichen Aufgaben wie Überwachung und Personenkontrollen, Erweiterung von Datenzugriffen und Kompetenzen für nationale und internationale Verfolgungsbehörden sind nur einige Punkte aus den Sicherheitspaketen des Otto Schily. Diese Maßnahmen zerstören Privat- und Intimsphären; verursachen ein erhöhtes Maß an Selbstkontrolle. Anders sein, aus der Reihe tanzen, sich gegen die Norm stellen fällt umso schwerer, je aggressiver die staatlichen Überwachungs- und Kontrollmechanismen greifen. Die gravierendsten Einschnitte in persönliche Rechte müssen MigrantInnen hinnehmen. Sie werden überwacht, gegängelt und abgeschoben. Sogar ihr Tod wird in Kauf genommen, sei es nun durch Nazis, staatliche Maßnahmen oder die Bedrohung in den Heimatländern.

Daten werden gesammelt, ausgewertet, abgeglichen und die Menschen nach ihrer Verwertbarkeit für die Nationalökonomie sortiert. Begleitet wird diese Praxis durch einen rassistischen Diskurs – die Sündenbockpropaganda hat schließlich immer schon funktioniert.

Mit Hilfe der Sicherheitspakete kann jede wachsende Bewegung, auch auf internationaler Ebene, wie z.B. die Antiglobalisierungsbewegung, als terroristisch eingestuft und bekämpft werden.

Aus dieser Politik resultierten beispielsweise auch die tödlichen Schüsse auf Carlo Giuliani, einem der Antiglobalisierungsdemonstranten gegen den G8-Gipfel vergangenes Jahr in Genua. Neben den Einschränkungen der Persönlichkeitsrechte, wie z.B. Ausreiseverbote, die politische Aktivistinnen hinnehmen müssen, hat die Diskreditierung als terroristisch auch den Effekt, dass inhaltlichen Auseinandersetzungen aus dem Weg gegangen werden kann. Kritischen Gegenstimmen kann da, wo sie missliebiger sind, die Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs verweigert werden, wie etwa in den Fällen des Metallarbeiters Metin Serefoglu und des Lehrers Bernhard Nolz, die entlassen wurden. Metin Serefoglu weigerte sich nur, im Betrieb an einer Gedenkminute für die Opfer aus dem World Trade Center teilzunehmen, weil sonst nie Schweigeminuten für Opfer eingelegt werden, weder für die täglich an Hunger

sterbenden, noch für Tote in Kurdistan oder die bombardierten Opfer im Jugoslawienkrieg – er wollte keine bevorzugten Opfer. Und der Lehrer Nolz wagte es, auf einer Gedenkveranstaltung nach dem 11. September, auf die Gefahr eines Krieges aufmerksam zu machen.

Aber was ist der eigentliche Zweck dieser viel propagierten Sicherheitspolitik?

Auch wenn die neuen Sicherheitspakete von Otto Schily mit den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington begründet werden – sie lagen schon vorher in der Schublade, weil ihr Ziel die Unterdrückung eines künftig wachsenden Aufbegehrens gegen Sozialabbau, Rassismus und Unterdrückung ist. Die Sicherheitspakete dienen somit der Prävention.

Damit der geplante fortschreitende Sozialabbau durchgeführt werden kann, werden gleichzeitig die Errungenschaften der organisierten ArbeiterInnenbewegung und anderer gesellschaftlicher Kräfte zurückgedrängt und hintertrieben. Die Anzahl der VerliererInnen im Kapitalismus wird immer größer; immer weiter wird die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums auf einige Wenige vorangetrieben. Das ruft geradezu nach einer starken Gegenbewegung. Genau darin liegt die Ursache von Einschränkungen bürgerlicher Rechte. Eine starke Gegenbewegung mit handlungsfähigen Potentialen, die die Macht hätte, Regierung und nationale Wirtschaft zu Zugeständnissen zu zwingen, würde die Wirtschaft des betreffenden Landes im internationalen Wettbewerb zurückdrängen. Das will weder irgendeine Regierung noch irgendein Wirtschaftsvertreter.

Und da es im Moment nicht danach aussieht, als würde der „innere Friede“ durch Generalstreiks und Aufstände gefährdet, ist die Zeit günstig, dem mittelfristig wachsenden Druck sozialer Forderungen in Zeiten einer zugespitzten wirtschaftlichen Lage vorzubeugen, indem neue Gesetze geschaffen werden, die zunehmende Gewalt und Repression durch den Staat legitimieren.

Armutsbekämpfung bedeutet einmal mehr Bekämpfung der Armen!

Sozialismus statt Barbarei!

Gerade auch diejenigen, die sich eine gerechtere Politik einer rot-grünen Regierung erhofft hatten, rufen wir auf, sich zu bewegen und sich nicht weiter auf Hoffnungen auszuruhen, die eine bürgerliche Regierung ganz bestimmt niemals erfüllen wird. Da mag beispielsweise noch so viel die Rede davon sein, dass man die Arbeitslosenzahlen verringern wolle – jedoch ist dem Kapitalismus auf dem derzeitigen Stand der Produktivität ein gewisser Prozentsatz an Arbeitslosigkeit immanent. Es muss darum ge-



...ist der Krieg gegen Dich...“

hen, für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der die Lohnarbeit letztendlich abgeschafft ist, weil die Ökonomie nicht mehr profit- sondern bedürfnisorientiert ist. Wir müssen dafür kämpfen, dass die gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit auf alle Schultern verteilt wird und dass alle ein menschenwürdiges Leben ohne Hunger, Krankheit, Unterdrückung und Krieg führen können.

Natürlich ist an dem aktuellen Gerede von den Arbeitslosenzahlen und der schlechten wirtschaftlichen Lage etwas dran. Aber wenn ständig von den zu hohen Löhnen und zu hohen Lohnnebenkosten geredet wird und davon, die Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe umzuwandeln, so dient das nicht der Reduzierung der Erwerbslosenzahlen und der ökonomischen Besserstellung großer Bevölkerungsteile. Ziel ist die breite Einführung von Billiglöhnen. Und wenn wir uns auf Dauer alle gegenseitig in den Lohnforderungen unterbieten, aus Angst unsere Arbeitsplätze zu verlieren, sind wir auch recht bald bei der Entlohnung zum Sozialhilfesatz angelangt.

Wenn die Umwandlung von Arbeitslosen- in Sozialhilfe eingeführt wird und die Maßnahmen zur „Wiedereingliederung in die Arbeitswelt“ greifen, dann „dürfen“ die Arbeitslosen demnächst z.B. Parks und Friedhöfe aufräumen und saubermachen und machen damit die städtischen Angestellten des Gartenbauamtes überflüssig, die Stadt kann sie entlassen, und als arbeitlose SozialhilfeempfängerInnen können sie schließlich die gleichen Tätigkeiten für wesentlich weniger Geld verrichten. Und schließlich wird die Sozialhilfe gekürzt werden, wie bereits für AsylbewerberInnen geschehen.

Auch die Gewerkschaften und insbesondere deren Führungen lassen sich in diese Politik einbinden; deutlich wird dies z.B. im „Bündnis für Arbeit“ von Unternehmen, Regierung und Gewerkschaften, in dem „moderate“ Lohn erhöhungen, Senkung der Lohnnebenkosten etc. einvernehmlich vereinbart wurden. Die Folgen sind: Tarifabschlüsse noch unter der Inflationsrate - d. h. Reallohnverluste -, kaum Mobilisierung gegen die sogenannte „Rentenreform“, die die Unternehmen gegenüber den abhängig Beschäftigten entlastet. Hier müssen Auseinandersetzungen in und mit den Gewerkschaften geführt werden, als ersten Schritt etwa um den Ausstieg aus dem „Bündnis für Arbeit“.

Im Gesundheitswesen sieht es nicht besser aus. Immer mehr Arzneimittel müssen von den Kranken selbst bezahlt werden, immer weniger Menschen jedoch sind dazu in der Lage. Die Zwei-Klassen-Medizin wird fortwährend vorangetrieben, und Gesundheit wird immer mehr zum Luxus.

Wo aber liegen die Gründe?

In der Globalisierung?

Viele Menschen suchen die Schuld für all diese Entwicklungen in der Globalisierung.

Nicht nur diejenigen, die in Seattle, Prag, Davos oder Genua gegen die verschiedenen Gipfel auf die Straße gegangen sind; bei weiten Teilen der Bevölkerung macht sich eine diffuse, aber auch eine konkrete Angst vor der weltwirtschaftlichen Entwicklung, die eben als Globalisierung bezeichnet wird, breit. Aber warum eigentlich?

Diese Frage muss aufgeworfen werden, weil es sich bei der Globalisierung nicht um ein wirklich neues Phänomen handelt. Denn wer oder was globalisiert sich denn überhaupt? Es ist der Kapitalismus mit seinen Waren- und Kapitalmärkten, der sich im Weltmaßstab ausdehnt. Damit einher geht die Zunahme der weltweiten Konkurrenz. In der Quantität, nicht zuletzt auch wegen der rasanten Schnelligkeit dieses Prozesses, eine neue Entwicklung – im Kern sind dies allerdings die Funktionsmechanismen des ganz normalen Kapitalismus, Funktionsmechanismen, die bereits griffen, als die kapitalistische Warenproduktion noch weitestgehend im nationalstaatlichen Rahmen organisiert war. Denn durch die Monopolisierung der Produktionsmittel trug auch schon die einfache Warenwirtschaft den Keim des Untergangs der einen und der Bereicherung der anderen in sich. Die Großen fressen die Kleinen. Kleine und mittlere Unternehmungen gehen kaputt, übrig bleiben die großen Konzerne. Das Kapital hatte schon immer die Tendenz sich auszudehnen, und das muss es auch, um sich immer neue Produktionsstätten, Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu erobern.

Spätestens Mitte des 18. Jahrhunderts wurden dem Kapital die nationalstaatlichen Grenzen endgültig zu eng, der Kapitalismus trat in sein imperialistisches Stadium. Die weltweite Ausdehnung gehört zum Kapitalismus wie das Ei zum Huhn.

Nichts anderes läuft heute unter dem Schlagwort der Globalisierung. Zwei Entwicklungen lassen die Globalisierung als etwas Neues erscheinen. Dies ist zum einen die neue weltpolitische Lage seit Ende der 80er Jahre, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Zwar hatten die Sowjetunion und die anderen realsozialistischen Länder auch schon früher Handels- und Kreditbeziehungen zum kapitalistischen Westen, doch erst nach 1989 setzte die kapitalistische Transformation ihrer Produktionsverhältnisse ein. Nachdem inzwischen auch China eine weitgehend kapitalistische Entwicklung anstrebt, kennt das Kapital kaum noch geographische Grenzen.

Das zweite ist die rasante Entwicklung der Informationstechnologien, die das weltweite Agieren, die schnelle Abstimmung zwischen Konzernzentralen oder das Übermit-



Heraus zum 1. Mai

teln von Konzepten und Strategien in der erforderlichen Schnelligkeit erst möglich macht. Alles schneller, alles umfassender – aber nicht neu.

In der Antiglobalisierungsbewegung wird in diesem Zusammenhang auch vom „entfesselten Kapitalismus“ gesprochen. Diese Charakterisierung unterliegt der Vorstellung, daß der Kapitalismus in früheren Zeiten mehr „gefesselt“, irgendwie sozialer war. Dahinter verbirgt sich die Illusion, der Kapitalismus könnte mit politischen Konzepten gebändigt werden, wenn sich denn nur das Gute und Richtige in Politik und Wirtschaft durchsetzen würde. Diese Denkweise verkennt die Tatsache, daß das Kapital seine Entwicklungen und Prozesse nicht freiwillig macht, bzw. auch anders könnte. Nein, das Kapital muss diese Prozesse um seines eigenen Überlebens willen machen, eine Umkehr ist ausgeschlossen, denn sonst wäre der Kapitalismus kein Kapitalismus mehr. Und dies wäre das allerletzte, was Konzerne und Banken wollen.

Die Globalisierung ist das aktuelle Stadium des Kapitalismus, und wer gegen die Globalisierung ist, muss den Kapitalismus selbst der Kritik unterziehen und zu antikapitalistischen Positionen kommen.

Den antikapitalistischen Kampf globalisieren!

Die durch und durch heterogene Antiglobalisierungsbewegung speist sich in erster Linie aus der Erkenntnis, dass die an der Oberfläche offen zutage tretenden Unzulänglichkeiten des Systems in der Tat globale Auswirkungen sind, denen auch nur auf internationaler Ebene begegnet werden kann. Von daher trägt sie zumindest das Potential in sich, das Prinzip der Konkurrenz durch das Prinzip der internationalen Solidarität zu ersetzen.

Diese Bewegung steht jedoch erst am Anfang ihrer Entwicklung. Es waren nicht dieselben Menschen, die in Seattle, Göteborg und Genua demonstrierten. Aber sie kämpfen aus ihrer eigenen Realität heraus gegen dieselbe Globalisierung; die unterschiedlichen Kämpfe und Aufstände werden aufeinander bezogen; Ansätze zum gemeinsamen Handeln sind vorhanden. So trafen sich Anfang Februar dieses Jahres 70.000 GlobalisierungsgegnerInnen aus aller Welt im brasilianischen Porto Alegre zum 2. Weltsozialforum. Die Ergebnisse dieser Konferenz bergen die Chance zu künftigen gemeinsamen Forderungen und besserer Koordinierung der Antiglobalisierungsbewegung. Wirklich entscheidend im Interesse aller wird aber sein, ob die Antiglobalisierungsbewegung sich auch durchgehend zu einer antikapitalistischen Bewegung entwickelt und den Kampf gemeinsam organisiert

Auf die Straße am 1. Mai!

Der 1. Mai ist internationaler Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter und geht auf das Jahr 1886 zurück, als Anfang Mai die Polizei in Chicago auf dem Haymarket in eine Streikdemonstration schoss und es etliche Tote gab. Das Datum ist in der Vergangenheit immer wieder Anlass gewesen, auch gegen Krieg zu demonstrieren, sei es z.B. während des 1. Weltkriegs oder im Vorfeld des 2. Weltkriegs, als die drohende Kriegsgefahr immer ersichtlicher wurde.

Wir fordern alle auf, sich am 1. Mai dem Bündnis für einen internationalistischen 1. Mai anzuschließen und mit uns gemeinsam auf die Straße zu gehen.

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Den antikapitalistischen Kampf globalisieren !

Demonstration: 11.00 Uhr

DGB Haus, Endenicher Str. 127

Internationalistisches Kulturfest ab 14.00 Uhr

Marienschule (Ecke Vorgebirgsstr./Heerstr.)

ein Positions- und Diskussionspapier der Gruppen

Antifa Bonn/Rhein-Sieg, DKP Bonn/Rhein-Sieg, PDS Bonn, Demosanis Bonn/Rhein-Sieg, Antikriegsgruppe Bonn, Kurdistan-Zentrum Bonn, Deutscher Freidenker Verband Bonn, Frauen-/Lesbengruppe XX-Gerbera